

Liebe Dortmunderinnen, liebe Dortmunder,

Dortmund kann Strukturwandel, das gilt es für die nächsten Jahre wieder unter Beweis zu stellen. In Dortmund hat sich das Arbeitsvolumen in den letzten 10 Jahren kaum verändert, obwohl viel mehr Menschen beschäftigt sind. Das heißt, in Dortmund arbeiten immer mehr Menschen weniger. Dortmund hat in den letzten 30 Jahren 50.000 Vollzeitstellen verloren und 25.000 Teilzeitstellen hinzugewonnen. Die Zahl der Menschen, die geringfügig beschäftigt sind, steigt ständig und liegt mittlerweile bei fast 63.000. Arbeit wird auch in Dortmund zunehmend zerstückelt und existenzsichernde Einkommen nehmen ab. Eine wachsende Zahl von Menschen arbeitet zu Niedriglöhnen, in Leiharbeit, befristet oder in Werksverträgen als Scheinselbständige. Arbeitsplätze für Un- und Angelernte nehmen ab und höherwertige Qualifikationen sind Voraussetzung, um Gute Arbeit zu finden. Aus diesen Gründen sinkt in Dortmund auch die Arbeitslosigkeit nicht, obwohl immer mehr Menschen arbeiten.

Die Stadt bleibt mit vielen Problemen allein. Hier liegt eine Menge sozialer Sprengstoff. Die Zahl der armen Menschen in unserer Stadt steigt ständig, die Spaltung der Gesellschaft nimmt in Dortmund zu. Gleichzeitig reichen die kommunalen Einnahmen nicht mehr aus, um den Herausforderungen auf der ganzen Ebene Herr zu werden. Hier liegen die großen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Der DGB in Dortmund und seine Gewerkschaften fordern zu einer breiten Wahlbeteiligung auf. Denn wir brauchen eine handlungsfähige und gut verwaltete Kommune, in der der Rat, nicht den Interessen der Wohlhabenden und Einflussreichen folgen, sondern die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigen. Wir formulieren unsere Positionen aus Sicht der arbeitenden Menschen und in Verantwortung für die Stadt. Wir erwarten, dass die Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten sich mit den Forderungen des DGB auseinandersetzen und sie aufgreifen.

Dortmund im März 2014

Jutta Reiter
DGB Vorsitzende Dortmund

Unsere wichtigsten Ziele:

1. Dortmund Stadt der Guten Arbeit

Der DGB will, dass alle Menschen in Dortmund Gute Arbeit haben, d. h. Arbeit, von der sie menschenwürdig leben können, die ihnen Sinn gibt, die sie nicht krank macht, die ihnen aber auch Perspektiven bietet, sowohl von der Dauer her als auch von den Entwicklungsmöglichkeiten. Deshalb ist auch eine aktive Strukturpolitik notwendig, die gute Arbeitsplätze sichert, entwickelt und schafft. Industrie und Dienstleistungen müssen gesichert und ausgebaut werden. Industrielle Kerne müssen langfristig erhalten bleiben, damit auch Arbeitsplätze in der Dienstleistungsbranche zukünftig in dieser Stadt Bestand haben. Für Gewerkschaften sind wichtige Standortfaktoren für Gute Arbeit:

Zukunftssichernde Fachkräfteentwicklung

- Ausbildung und Qualifizierung müssen gesichert und vorangetrieben werden;
- Bildungs- und Weiterbildungsberatung als öffentliche Aufgabe verstanden werden;
- Unternehmen für Fachkräfteentwicklung weiter sensibilisiert und gewonnen werden;
- nicht nachlassende Anstrengungen in der eigenen Ausbildung von Fachkräften in städtischen Unternehmen;
- Steigerung der Attraktivität von dualer Berufsausbildung.

Aktive Strukturpolitik

- Bestandsentwicklung und Innovationsfähigkeit der Unternehmen vorantreiben;
- Netzwerke und Masterpläne als Innovationstreiber fortführen;
- Infrastruktur vorhalten und entwickeln und zwar sowohl als öffentliche Dienstleistung, als auch harte Infrastruktur, wie Fläche und Verkehr;
- starke interdisziplinäre Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft fördern.

Entwicklung einer kommunalen Strategie für Gute Arbeit

- Umsetzung des Tariftreuegesetzes und dessen Kontrolle;
- Weitentwicklung der kommunalen Arbeitsmarktpolitik, vom Puzzle zur Strategie;
- Schwerpunktsetzung auf junge Menschen;

- systemische schnittstellenübergreifende Verzahnung von allen Hilfs- und Beratungsangeboten in der Stadt;
- Quartiers- und Familienorientierte Aufstellung;
- die Schaffung von öffentlich geförderter Beschäftigung mit dem Ziel des Equal Pay und der Umsetzung von Arbeitsmarktinstrumenten mit der Perspektive der Nachhaltigkeit, gerade für Langzeitarbeitslose;
- Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Pflege, Kindern und Beruf;
- Druck auf die Bundesregierung ausbauen.

2. Priorität: Junge Menschen

Wir erwarten von einer verantwortungsvollen Kommunalpolitik, dass sie die Interessen der jungen Menschen berücksichtigt und vertritt. Denn die Jugend ist nicht unpolitisch. Sie muss dafür Sorge tragen, dass allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig ihrer sozialen Herkunft und gesellschaftlichen Stellung, die gleichen Teilhabechancen eröffnet werden. Wir erwarten

- eine konkrete Strategie, Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen;
- gute Ausbildung von der Kita bis zur betrieblichen Ausbildung;
- Arbeitslosenquote senken - aber nicht nur auf dem Papier sondern mit einer wirklichen Zukunftsperspektive und zu fairen Arbeitsbedingungen für die junge Generation;
- Hervorragende Ausstattungen der Bildungseinrichtungen;
- Förderung von Initiativen für längeres gemeinsames Lernen und Entwicklung eines inklusiven Schulsystems, nur mit den entsprechenden Ressourcen;
- Ganzheitliche einheitliche Sprachförderung;
- eine kontinuierliche Weiterentwicklung der bereits bestehenden Koordinierung (unter kommunaler Federführung), der vielfältigen Aktivitäten der beteiligten Institutionen im Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die Erstausbildung;
- frühzeitige und gute Ausbildungsberatung in den Schulen;
- Übergangs Monitoring auch für die Berufsschulen;
- Praktika-Einsätze in der Schulzeit müssen gut vor- und nachbereitet werden;
- Mehr Investitionen in Schulsozialarbeit und in die Ausstattung an den Schulen.

3. Soziale Gerechtigkeit

Der DGB erwartet, dass die Stadt all ihre Handlungsspielräume nutzt, um Arbeit, soziale Sicherheit und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Lebensqualität darf nicht vom Einkommen abhängen und darum müssen alle Menschen in Dortmund Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Freizeitmöglichkeiten haben. Maßnahmen dabei müssen sein:

- Besondere Konzentration auf die sozialen Aktionsräume, z. B. bei der Quartiersentwicklung, beim Einsatz von Beschäftigungsmaßnahmen oder öffentlich geförderter Beschäftigung;
- Fortschreibung des Armutsberichts;
- systemische Umsetzung und Entwicklung eines Hilfesystems;
- Investition in z. B. Großprojekten gerade in die sozialen Aktionsräume;
- ganzheitliche Quartiersentwicklung und bezahlbare, gute Wohnverhältnisse für unterschiedliche Lebensformen sichern und weiterentwickeln;
- soziale Stadt als Querschnittsaufgabe weiterführen;
- Sozialtickets, für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürgern zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs, auch für Auszubildende;
- aktive Integrationspolitik u. a. durch Sprachförderung, Bildungsberatung für Familien mit Migrationshintergrund;
- Berücksichtigung des demografischen Wandels bei der Stadtplanung, z. B. stadtteilbezogene Einkaufsmöglichkeiten, Kultur- und Bildungseinrichtungen und Sportstätten;
- Dabei gilt: Besondere Bedarfe erfordern besondere Maßnahmen, um gleiche Ergebnisse zu erreichen.

4. Vielfalt und Demokratie

Dortmund ist eine multikulturelle Stadt mit einer Vielzahl von Menschen mit ganz unterschiedlichen individuellen Lebenslagen. Allen diesen Menschen gebührt Respekt. Dieses sicherzustellen ist eine Aufgabe, der sich die Stadt verpflichten muss. Die Förderung des sozialen Zusammenhaltes ist Kernaufgabe für die Stadt. Die Transparenz und die Beteiligung von Menschen an den politischen Prozessen sind für die Gestaltung und die Partizipation wichtig. Ausgrenzung und Rassismus dürfen keinen Raum in Dortmund haben.

- Keine Versammlungen von Neonazis und rassistische oder ausländerfeindliche Veranstaltungen in den städtischen bzw. öffentlichen Räumen;
- Fortsetzung des Dortmunder Ansatzes „Kein Raum für Rechtsextreme“;
- Unterstützung des Opferschutzes und der Ausstiegberatung;
- Breitenwirkung in der Zivilgesellschaften verstärken;
- weiterhin Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Engagement gegen rechts;
- Fortführung des Aktionsplans;
- Stärkung von Stadtteilbüros, die sich um die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger kümmern;
- Keine Reduzierung sondern im Gegenteil Ausbau von sozialen Projekten, insbesondere im Bereich Jugend und integrativer Jugendarbeit;
- Stärkung der Integrationspolitik und Schutz von Migrantinnen und Migranten vor ausländerfeindlichen Übergriffen;
- Willkommens- und Unterstützungsstruktur für Zuwanderung in jeder Form entwickeln.



Gute Arbeit für Dortmund

Kommunalpolitische Forderungen des DGB



2014 – 2019

DGB Dortmund
Ostwall 17-21 44135 Dortmund
0231 - 5570440

